

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU**

**Regelbasierte Ordnung stärken – neue Partner gewinnen und Märkte erschließen – Mercosur-Abkommen schnell umsetzen!**

Wegen des Streits um Grönland hatte US-Präsident Donald Trump Mitte Januar dieses Jahres neue Zölle gegenüber acht EU-Staaten, darunter Deutschland, in Aussicht gestellt. Vor diesem Hintergrund war es seitens des Europäischen Parlaments richtig, den Ratifizierungsprozess des im Sommer 2025 ausgehandelte Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika vorläufig auszusetzen. Denn die Souveränität und territoriale Integrität des Königreiches Dänemark, einschließlich seines autonomen Gebiets Grönland, ist nicht verhandelbar. Am 21. Januar 2026 erklärte der US-Präsident auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, aufgrund einer von NATO-Generalsekretär Mark Rutte vermittelten Grundsatzvereinbarung über ein noch zu verhandelndes Sicherheitsabkommen für Grönland und die Arktisregion auf die angekündigten Zölle zu verzichten. In dieser schwierigen Situation ist es wichtig, dass die Europäische Union weiterhin entschlossen, geschlossen und mit Augenmaß handelt, um einerseits ihre Werte und Interessen zu verteidigen und andererseits einen Handelskrieg mit dem wichtigsten Verbündeten zu vermeiden.

Vor dem Hintergrund der geopolitischen und wirtschaftlichen Situation gewinnen die Bemühungen der EU, die politische Zusammenarbeit mit anderen Partnern auf der Welt zu stärken, die Wirtschaftsbeziehungen mit ihnen zu vertiefen, Handelsbarrieren abzubauen und sich gemeinsam für eine regelbasierte, nachhaltige Entwicklung zu engagieren, eine größere Bedeutung als je zuvor. Das am 17. Januar 2026 von der EU und dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) unterzeichnete Partnerschaftsabkommen (EMPA) und Interims-Handelsabkommen (ITA) ist ein starker Beitrag zu dieser Strategie. Das seit 1999 verhandelte Abkommen schafft eine der größten Freihandelszonen der Welt mit über 700 Millionen Verbrauchern. Geplant ist der Wegfall von Zöllen auf 90 Prozent der gehandelten Güter. Dies eröffnet vielfältige Chancen für Unternehmen sowie die Chemie- und Pharmaindustrie werden von dem verbesserten Marktzugang in Südamerika profitieren. Flankiert wird dies durch solide Schutzmaßnahmen für sensible Sektoren, z.B. Zollkontingente für Rindfleisch, Geflügel und Zucker. Jedes Lebensmittel, das auf den EU-Markt gelangt, muss den strengen Lebensmittelsicherheitsstandards der EU genügen. Das Vorsorgeprinzip wird bekräftigt. Es soll eine umfassende Zusammenarbeit bei Themen wie Regierungsführung, Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz, Innovation, Mobilität, digitale Transformation, öffentliche Beschaffung, Terrorismusbekämpfung und Krisenmanagement geben.

Durch den Beschluss des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 2026, vor einer Abstimmung über die beiden Abkommen zunächst ein Rechtsgutachten beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) anzufordern, ist der Ratifizierungsprozess vorläufig gestoppt. Die dadurch verursachte Verzögerung und der Vertrauensverlust von Handelspartnern stellen eine ernsthafte Gefahr nicht nur für das Mercosur-Abkommen dar und sind in der aktuellen Situation kontraproduktiv. Auch die „Hufeisen-Koalition“ deutscher Europaabgeordneter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke, BSW und AfD, die den Antrag unterstützt hat, wirft Fragen von politischer Verantwortung und „Hygiene“ auf. Um den Schaden zu begrenzen, sollte die EU-Kommission mit Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit im Rat der Europäischen Union nun

große Teile der Kapitel über Politik und Zusammenarbeit in dem Partnerschaftsabkommen sowie das Interims-Handelsabkommen bereits vor einer endgültigen Abstimmung im Europäischen Parlament und dem Abschluss des Ratifikationsprozesses vorläufig anwenden. Das Interimsabkommen fällt ohnehin in die ausschließliche Zuständigkeit der EU und bedarf daher keiner Ratifizierung durch die EU-Mitgliedstaaten.

Über das Mercosur-Abkommen hinaus besteht die Notwendigkeit, die Verhandlungen der EU-Kommission über Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit weiteren Drittländern und Regionen zügig zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Hervorzuheben sind hier insbesondere Indonesien (Verhandlungen sind faktisch abgeschlossen) und Indien (Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluss). Dies ist ein wichtiger Schritt, um den Freihandel auf weitere Kontinente auszudehnen, Unternehmen Zugang zu Absatzmärkten und Rohstoffen zu verschaffen, politische Partnerschaften zu vertiefen und so Europa stärker und unabhängiger zu machen. Die Gesellschaft – auch im Land Bremen – muss auf diesem Weg mitgenommen werden. Der Senat sollte aktiv für Freihandelsabkommen, wie das mit dem Mercosur, werben und Vorurteilen entgegentreten. Fraktionen und Parteien im Land Bremen sind außerdem gefordert, sich innerhalb ihrer europäischen Fraktions- und Parteifamilien für ein konstruktives Verhalten im Europäischen Parlament einzusetzen, damit sich Fauxpas, wie bei der Abstimmung über das Mercosur-Abkommen, nicht wiederholen.

### **Beschlussempfehlung:**

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die geschlossene und besonnene Reaktion der EU-Staaten und EU-Institutionen im Hinblick auf die Zollankündigungen der US-Administration sowie in der Grönland-Frage.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hält sämtliche Initiativen, Entscheidungen und Maßnahmen, die eine baldige Ratifikation des Partnerschaftsabkommens (EMPA) zwischen der EU und den Mercosur-Staaten verzögern oder behindern, angesichts der aktuellen geopolitischen und wirtschaftlichen Lage für falsch und schädlich.
3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die vorläufige Anwendung von Teilen des Partnerschaftsabkommens (EMPA) zwischen der EU und den Mercosur-Staaten bis zur endgültigen Zustimmung durch das Europäische Parlament und die Ratifikation durch die EU-Mitgliedstaaten aus.
4. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die vorläufige Anwendung des Interimsabkommens über den Handel (ITA) zwischen der EU und den Mercosur-Staaten bis zur endgültigen Zustimmung durch das Europäische Parlament aus.
5. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für einen baldigen Abschluss des Verhandlungs- und Zustimmungsprozesses der EU für ein Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Indonesien sowie ein Freihandelsabkommen mit Indien aus.
6. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die intensive Fortführung der Verhandlungen der EU-Kommission über weitere internationale Handelsabkommen aus.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. dem Zustimmungsgesetz der Bundesregierung zur nationalen Ratifikation des Partnerschaftsabkommens (EMPA) zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, sobald dieses zur Abstimmung vorliegt, im Bundesrat zuzustimmen,

2. im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit aktiv die Vorteile und Chancen von Freihandelsabkommen, wie das mit dem Mercosur, für den Wirtschaftsstandort Bremen zu kommunizieren, über die Vertragsinhalte zu informieren und Vorurteilen entgegenzutreten,
3. der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen sowie dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung und danach halbjährlich zum aktuellen Sachstand zu berichten.

Theresa Gröninger, Susanne Grobien, Jens Eckhoff, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU